

Zeitschrift: Schweizer Soldat : Monatszeitschrift für Armee und Kader mit FHD-Zeitung
Herausgeber: Verlagsgenossenschaft Schweizer Soldat
Band: 56 (1981)
Heft: 10

Artikel: Eine unnötige Transaktion
Autor: Jenni, Peter
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-707362>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 01.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Frieden ohne Waffen?

Dr Fritz Wanner, Zürich

Schon Niklaus von der Flüe hat vor fünfhundert Jahren die Eidgenossen der acht alten Orte ermahnt, «nicht vorsätzlich die Kriegslust zu pflegen, bei einem Überfall aber tapfer für Freiheit und Vaterland zu streiten». Daraus hat sich später die staatspolitische Maxime der bewaffneten Neutralität, der Nichteinmischung in fremde Händel entwickelt: Die Wehrpflicht ist bei uns allgemeine Bürgerpflicht. Unsere Milizarmee ist ein Instrument der Friedenssicherung. Die Schweiz wird nie ein fremdes Land angreifen oder fremdes Staatsgebiet erobern. Der verfassungsrechtliche Auftrag für die Armee ist eindeutig. «Behauptung der Unabhängigkeit des Vaterlandes gegen aussen.»

Aufgrund dieser Ausgangslage müsste eigentlich die Schweiz für religiöse, ideologische und pazifistische Bewegungen, welche auf die Abschaffung der Armee hinarbeiten, ein hölzerner Boden sein. Tatsache ist indessen, dass die mit dem sogenannten NATO-Doppelbeschluss ausgelöste Diskussion über Nachrüstung und Verhandlungen der Supermächte über Rüstungsbeschränkungen auch bei uns zu einem Aufflackern pazifistischer Utopien geführt hat. Wie weit es sich dabei um einen Ableger der in den NATO-Staaten wie von unsichtbarer Hand gesteuerten Offensive für einen «Frieden ohne Waffen» handelt, mag offen bleiben. Bemerkenswert ist immerhin, dass diese von Pfarrherren, Linksintellektuellen, Feministinnen und Jusos unterstützte Bewegung die Regierungen einzelner NATO-Staaten mit dem Ziel unter Druck setzt, einen Verzicht auf jede Nachrüstung im Westen zu erwirken. Das heisst nichts anderes, als im Namen des Friedens für eine einseitige Abrüstung des Westens einzutreten und sich mit der sowjetischen Überlegenheit an konventionellen und nuklearen Waffen abzufinden.

Seltene Allianzen

In unserem Land ist die Zielsetzung dieser Kreise nicht weniger spektakulär: So werden auf der Welle der europäischen Friedensbewegung Vorstösse für ein Rüstungsreferendum, für eine Verschärfung des Waffenausfuhrverbots, ja sogar von den SP-Frauen für die Abschaffung der Armee angekündigt.

Für die Friedensbewegung neu ist ihre Verbundenheit mit den Gegnern der Kernenergie, aus

der sie mit allen Mitteln Kapital zu schlagen versucht. Die Anti-Kriegs-Bewegung und die Anti-AKW-Bewegung haben viele Berührungspunkte: Beide predigen die Gewaltlosigkeit, nehmen für die Durchsetzung ihrer Ziele aber auch ein Widerstandsrecht in Anspruch, das illegale Aktionen als Notwehr entschuldigt. Die Atomfurcht spielt in der neuen Friedensbewegung überhaupt eine wichtige Rolle. Weil in den meisten NATO-Ländern der Bau von Schutzräumen für die Zivilbevölkerung, ganz im Gegensatz zur Sowjetunion, bis jetzt sträflich vernachlässigt worden ist, erweist sich dieses Thema für die Agitation als besonders gute Waffe.

Wie wird der Frieden sicherer?

Zu welchem Ergebnis schliesslich der NATO-Doppelbeschluss führen wird, ob es zu neuen SALT-Verhandlungen und zu einer echten kontrollierbaren Abrüstung im konventionellen und nuklearen Waffenbereich kommt, wagt niemand vorzusagen. Gewiss ist nur das Eine, dass bei einer Fortdauer des gestörten Mächtegleichgewichts der Frieden nicht sicherer, sondern unsicherer wird. Einseitige Abrüstung in Europa schafft ein militärisches Vakuum, was eine mögliche Besetzung begünstigt.

Begleiterscheinungen der Vorbereitung zum Blitzkrieg Hitlers in Europa waren die ständigen Friedensbeteuerungen, deren erste Opfer dann ausgerechnet jene Kleinstaaten (Holland, Belgien und Dänemark) wurden, die sich heute als NATO-Partner am schwersten mit der Nachrüstung und deren nun einmal notwendigen Finanzierung tun.

Die heutige West-Ost-Entwicklung weist einige Parallelen zu den Jahren bis zum Kriegsausbruch von 1939 auf. Die vielgerühmte Periode der Détente, die mit dem NATO-Doppelbeschluss 1979 zu Ende ging, benützte der Ostblock dazu, um sich ein Übergewicht an konventionellen und nuklearen Waffen zu sichern. Europa könnte heute nicht nur von den russischen Panzermassen überrollt werden, sondern es steht auch der Drohung einer täglich wachsenden Zahl von Mittelstreckenraketen gegenüber.

Dient der Rüstungsvorsprung den Sowjets wirklich nur Verteidigungszwecken? Darf darin tatsächlich ohne Argwohn im Hinblick auf die ständigen Friedensbeteuerungen ein Beitrag zum Weltfrieden erblickt werden? Muss es nicht zu denken geben, dass auch in der Periode der sogenannten Koexistenz die sowjetischen Führer die Weltrevolutionspläne von Lenin nie abgeschworen haben und der ideologische Krieg mit allen Mitteln der Subversion weitergeführt wird? Sind die Freunde eines Friedens ohne Waffen blind für das Weltgeschehen, für den von den Sowjets seit 1945 mit und ohne Krieg erreichten Machtzuwachs? Ist es ihnen wirklich ernst mit der Devise «Lieber rot als tot», und wollen sie sich mit einem Zustand abfinden, bei dem der militärisch Stärkere auch ohne Krieg das Weltbild zu seinen Gunsten verändern kann?

Wenn in unserem neutralen Kleinstaat erneut an den Grundlagen unserer Sicherheitspolitik gerüttelt wird, so sollte dies nachdenklich stimmen. Ist tatsächlich der Moment gekommen, um unsere staatliche Selbstbehauptung aus eigener Kraft aufzugeben und uns angesichts des Mächteungleichgewichts auf eine kollektive Friedenssicherung einzulassen? Solange die Anhänger eines Friedens ohne Waffen im Osten überhaupt nicht zu Wort kommen, solange linke Frauenorganisationen Friedensmärsche nur nach Paris, nicht auch nach Moskau veranstalten, bleibt dieser Bewegung der Vorwurf der Einseitigkeit, ja der Fehlbeurteilung nicht erspart. Mit ihren Aktivitäten in Europa stärkt sie heute nicht den Frieden, sondern erhöht das Kriegsrisiko und vergrössert Unsicherheit und Unstabilität.

Eine unnötige Transaktion

Major Peter Jenni, Bern

Die Eidgenössische Turn- und Sportschule Magglingen (ETS) soll künftig nicht mehr dem EMD unterstehen, sondern dem Eidgenössischen Departement des Innern (EDI). Mit andern Worten, das EMD soll nichts mehr mit dem Sport zu tun haben. Offenbar wollen gewisse einflussreiche Kreise dem EMD gerade jenes Mittel wegnehmen, mit dem die Armee bis heute ein nicht unbedeutendes Mass an positivem Image pflegen durfte. Von da her ist es verständlich, wenn sich andere mit diesen Federn auch einmal schmücken möchten. Die Befürworter dieser Neuunterstellung wollen allerdings auf die bisherigen EMD-Leistungen für den Sport nicht verzichten. Im Gegenteil, das Militär soll weiterhin Material und Wehrmänner zur Verfügung stellen. Zum Schneestampfen an Ski-Grossanlässen waren unsere Soldaten noch immer gut genug.

Die Diskussion um eine Neuunterstellung der ETS – der auch das sehr populäre «Jugend und Sport» (früher «militärischer Vorunterricht») an-

gegliedert ist – begann vor etwas mehr als zehn Jahren, als die neue Verfassungsbestimmung über Turnen und Sport sowie ein neues Bundesgesetz zur Förderung von Turnen und Sport geschaffen wurden. Aktuell ist das Geschäft heute deshalb, weil eine vom Parlament auf den 19. September 1982 festgelegte Frist den Bundesrat zwingt, allfällige Massnahmen zur Verwaltungsreorganisation den Räten bis zu diesem Termin vorzuschlagen. Wie zu erfahren ist, wird in der Bundeskanzlei eine entsprechende Botschaft vorbereitet.

Die Befürworter einer Neuunterstellung des Sports argumentieren damit, dass bei Jugend und Sport seit einigen Jahren auch Mädchen integriert seien, der Sport demzufolge heute mit dem Militär nicht mehr allzuviel zu tun habe. Diese Argumentation ist nicht stichhaltig und lässt die geschichtliche Entwicklung ausser acht; zudem wirkt sie etwas fadenscheinig, denn gerade die Sportverbände wurden vom EMD immer bevorzugt behandelt. Auch die An-

hänger der neuen Lösung wollen – wie bereits erwähnt – auf die guten Dienste des Militärs keinesfalls verzichten. Zu bequem ist es, Truppen für Grossanlässe, Armeematerial, Helikoptereinsätze, Verkehrsregelungen, Motorfahrzeuge, Verpflegungen usw. zu günstigen Bedingungen oder gar unentgeltlich zu beziehen. Jedermann weiss, dass in unserem Lande diese Dienstleistungen zu den bisherigen Bedingungen keine private Organisation zu erbringen imstande ist.

Diese Sowohl-als-auch-Politik hätte zweifelsohne Folgen, würden sich doch Beamte aus zwei Departementen mit denselben Anfragen und den daraus entstehenden Koordinationsproblemen herumschlagen und ärgern. Es versteht sich, dass bei Pannen immer der andere schuld wäre.

Neben allen organisatorisch-technischen Belangen hat das Ganze jedoch eine gewichtige staatspolitische Dimension, die nicht unterschätzt werden sollte. Es ist deshalb nicht einfach zu verstehen, warum sich bisher vor allem die Militärs nicht gegen dieses Geschäft gewehrt haben. Im Blick auf die Wehrebereitschaft sollte in der Angelegenheit Farbe bekannt und unmissverständlich Position bezogen werden.